



Wir haben keine Chance - nutzen wir sie. So, meine Damen und Herren, können wir diesen Haushalt überschreiben. Immer tiefer versinkt unsere Stadt im Schuldensumpf.

In einer unterfinanzierten Region können die buchhalterischen Abschreibungen nicht gegenfinanziert werden, wobei sich die Frage stellt, ob das überhaupt möglich ist.

Kamen hat bereits einen Gewerbesteuerhebesatz, der über dem Durchschnittssatz des Kreises Unna liegt und damit zu den höchsten in NRW gehört. Dennoch sind unsere Einnahmen aus diesem Satz am unteren Ende der Skala angesiedelt, obwohl sie auf dem Niveau von Höchstständen liegen.

Wir müssen den städtischen Einzelhandel besser in Szene setzen, damit Kamen stärker vom konjunkturellen Hoch profitieren kann. Mit unserer neuen, attraktiven Innenstadt können wir doch viel stärker punkten, wenn es um die Ansiedlung neuer Gewerbe geht.

Hier gilt es, selbstbewusst aufzutreten. Wir haben schließlich etwas zu bieten!

Betrachten wir den vorliegenden Haushaltsplan doch einmal etwas genauer: Unsere Einnahmeseite sieht gar nicht so schlecht aus. Das nützt uns allerdings wenig, wenn wir damit die gestiegenen Ausgaben aus dem KIBIZ-Gesetz, die gestiegenen Soziallasten und die Altdefizite des Kreises abdecken müssen. Das ist einfach nicht zu schaffen!

Unser Haushalt hat - wie durch ein Wunder- noch einmal so gerade eben die magische 5%-Hürde unterschritten. Groß ist der Betrag aber nicht, der uns vor der Haushaltssicherung bewahrt.

Es ist den buchhalterischen Fertigkeiten unseres Kämmerers und seinem Team im Rathaus zu verdanken, dass wir in diesem Jahr dem drohenden Haushaltssicherungskonzept noch einmal ausweichen können.

Ja, es ist ein Haushaltsplan, der lediglich aufgrund buchungstechnischer Kniffe die Voraussetzungen erfüllt, um der Haushaltssicherung zu entgehen. Und ja, unsere Fraktion wird diesem Haushaltsplan zustimmen. Wir haben gar keine andere Wahl, denn wenn wir in die Haushaltssicherung geraten kommt zwangsläufig auch der Nothaushalt.



Einen ausgeglichenen Haushalt innerhalb von 3 Jahren kann niemand realisieren. Somit wären wir auf Jahre gezwungen, nur noch gesetzliche oder vertraggebundene Zahlungen zu leisten.

Wir haben eine Landesregierung, die ihre in unseren Augen sowieso schon zweifelhaften ‚Verbesserungen‘ zu Lasten der Städte und Gemeinden verspricht. Die Städte und Gemeinden sind es dann, die den ‚schwarzen Peter‘ haben und ihren Bürgern die daraus entstehenden Kosten weitergeben müssen. Es ist sehr leicht, mit Geld aus den Taschen anderer Leute umwälzende Reformen anzupreisen.

Vielleicht sollte man sich an höherer Stelle doch einmal mit einer Gemeindefinanzreform auseinandersetzen, statt mit Mitteln, die man selber nicht aufbringen muss, unzweckmäßige Maßnahmen zu finanzieren, die die Bürgerinnen und Bürger der gebeutelten zahlungspflichtigen Kommunen gar nicht wollen!

Alle von uns als Stadt verantworteten Kosten sind bereits bis an den Rand des Möglichen heruntergefahren worden. Hier gibt es nichts mehr einzusparen!

11.208.801 Euro werden die Verluste für das Jahr 2008 betragen. Weitaus mehr als das, nämlich 12.472.995 Euro sind den Abschreibungen geschuldet. Diese Zahlen muss man sich mal in Ruhe durch den Kopf gehen lassen. Andersherum betrachtet bedeutet das nämlich, dass wir ohne diese Abschreibungen tatsächlich einen nicht unerheblichen 7-stelligen Betrag als Überschuss verzeichnen könnten. Ich bin sicher, unser Kämmerer würde täglich von Oktober bis April weithin leuchtende Freudenfeuer entfachen, dürfte er einmal das Wort ‚Gewinn‘ bei der Einbringung des Haushaltes verkünden.

Es stellt sich die Frage, ob die Abschreibungen bei öffentlichen Haushalten überhaupt in die Berechnung der Haushaltssicherung einfließen müssen. Ein Kaufmann würde solche unrentable Anlagen einfach verkaufen. Ganz so einfach ist es für uns aber nicht. Wir haben keine Chance, durch Verkäufe städtischen Eigentums unsere Bilanz aufzuhübschen, denn wer hat schon Interesse an einem oder zwei Kilometern Straße? So kommen wir also nicht weiter.



Alle freiwilligen Leistungen müssen im Nothaushalt ausfallen. Das bedeutet, dass unser Museum, die Verbraucherberatung und einiges mehr auf dem Prüfstand stehen. Dann diskutieren wir nicht mehr über die freiwilligen Zuschüsse an die Träger von Kindertageseinrichtungen.

Und hier wird es besonders spannend: in Kamen gibt es nämlich keine kommunalen Einrichtungen dieser Art. Wie wollen wir aber dem demografischen Wandel begegnen, wenn wir nicht jungen Familien mit Kindern einen qualitativ hochwertigen Lebensraum in unserer Stadt schaffen? Junge Familien mit Kindern achten sehr genau darauf, was eine Stadt bietet. Gibt es gute Kindergärten und Schulen? Gibt es öffentlich geförderte Freizeiteinrichtungen für Kinder und Jugendliche? Genau das sind die Kriterien, nach denen Familienfreundlichkeit in den Städten und Gemeinden bewertet wird. Nur wenn wir das alles anbieten können, haben wir die Chance, eine lebendige, attraktive Stadt zu bleiben. Diese Leistungen für Kindergärten und Schulen sind nämlich ganz und gar kein Luxus, sie sind die Basis für das Zusammenleben in unserer Stadt. Diese Leistungen machen genau jenes 'Mehr' aus, dass wir mit unserem Slogan ‚Kamen - Leben und Mehr‘ so eindrücklich bewerben.

Wir müssen uns überlegen, wie wir im Falle eines drohenden Nothaushaltes einen Rest der freiwilligen Leistungen sichern können. Und hier geht es nicht um die Frage: fahren wir in den Urlaub oder kaufen wir ein neues Auto. Es stellt sich nicht einmal die Frage, kaufen wir Wein oder Schokolade. Die Frage, die wir beantworten müssen heißt schlicht: wollen wir Brot essen oder Wasser trinken! So sieht es aus!

Wir begrüßen die sukzessive erfolgenden Investitionen in unsere Kamener Schulen. An diesem Punkt müssen wir uns aber auch der Diskussion über die Schulstandorte stellen, hier darf es keine heiligen Kühe geben. Ebenso müssen und werden wir darauf achten, dass nicht in einem Jahr ein teurer Umbau gestemmt wird und im nächsten Jahr an gleicher Stelle eine Ganztagschule mit ganz anderem Raumbedarf entsteht.

Das Ruhrgebiet wird 2010 Kulturhauptstadt....und in Kamen merkt es niemand! Anders



als bei der WM vor zwei Jahren werden im Etat keine Mittel zur Verfügung gestellt, um Kamen einer breiten überregionalen Öffentlichkeit zu präsentieren. Kamen wird kein Teil dieses wahrnehmbaren Mega-Events werden, hier werden einmal mehr kleine Brötchen gebacken! Sollen wir in Kamen nur zuschauen, während andere Städte sich aktiv beteiligen? Sind wir gerade wieder einmal dabei eine historische Chance leichtfertig zu verspielen? Genau in dieses Bild passt auch die Schwächung des Kulturbereiches durch wenig vorausschauende Personalpolitik. Anstatt die volle Leistungskraft in den wichtigen Standortfaktor Kultur zu investieren gibt es nur noch Halbtagskultur mit zu erwartender Einheitskost. Frischer Wind wäre für Kamen und seine Bürgerinnen und Bürger, die ein Anrecht auf ein breit gefächertes Kulturangebot haben, so wichtig gewesen. Stattdessen wird nur in den Bau von immer neuen Kunstrasenplätzen investiert.

Übrigens Südkamen hat noch keinen!

Kultur bedeutet Kreativität und Zukunft für eine Stadt - wann merken wir das in Kamen? Die Bücherei und die VHS werden von unseren Bürgerinnen und Bürgern gut angenommen, die Besucherzahlen sind konstant hoch. Hier ist jeder Euro gut angelegt. Diese Einrichtungen sind ein Treffpunkt für alle Altersgruppen und Bevölkerungsschichten. Sie sind Bildungseinrichtungen im wahrsten Sinne des Wortes und unverzichtbarer Bestandteil des kulturellen Lebens unserer Stadt.

Es ist erfreulich, dass auf der Kreisebene machbare Konzepte für die Finanzierung der Verbraucherberatung beraten werden. Wenn die Planzahlen so umgesetzt werden ist dies ein positives Signal - sichert die Einrichtung und entlastet den städtischen Etat.

Verbraucherpolitik ist eine Aufgabe, die viele Lebensbereiche betrifft. Sie ist Wirtschaftspolitik, Sozial- und Gesundheitspolitik, Umwelt- und Bildungspolitik.

Verbraucherberatung ist ein elementarer Bestandteil bürgernaher Wirtschaftsförderung.

Endlich ist auch eine Forderung unserer Fraktion erfüllt worden: Wir haben einen Energiebericht. Der Energieverbrauch der öffentlichen Einrichtungen wird dargestellt. Hier möchten wir einmal der Jugend ein hohes Lob aussprechen: sie geht mit gutem Beispiel voran. Einzig in deren Einrichtungen ist der Energieverbrauch nämlich gesunken. An den

andern Stellen besteht noch großer Handlungsbedarf. Jeder für verminderten Verbrauch ausgegebene Euro führt zu weitaus höheren Einsparungen in der Zukunft und trägt dazu bei,



die Belastungen für unser Klima zu senken. Wir dürfen uns an diesem Punkt nicht ausschließlich auf die desolate Haushaltssituation berufen, hier müssen wir Geld in die Hand nehmen! Alles andere wäre Sparen am falschen Ende.

Besonders erfreulich finden wir, dass die großen Fraktionen nun doch Vernunft walten lassen. Im letzten Jahr hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit einigen Vorausschauenden der anderen Fraktionen in geheimer Wahl gegen den Umbau des Rathaussaales votiert. Jetzt dürfen wir feststellen, dass auch die, die vor einem Jahr noch einen repräsentativen Ratssaal forderten, nun die Unmöglichkeit der Finanzierung einsehen.

Ich bin ganz sicher, meine Damen und Herren, eines Tages werden auch sie dem steten ‚ceterum censeo‘ unserer Fraktion zustimmen: Wir brauchen eine vernünftige, kostendeckende Parkraumbewirtschaftung!

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit!